(Abgeordneter Uhlig.)

(A) hebt uns das nicht der Pflicht, als Forderung hier aufzustellen und zu betonen, was eben doch jetzt noch nur Programmpunkt ist.

Die Umwandlung des Staates auf demokratischer Grundlage, verbunden mit dem Eintritt von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei in die Regierung ist ein Akt von geschichtlicher Bedeutung. Unsere Partei, die jahrzehntelang geächtet und verfolgt wurde, die noch bis vor Ausbruch des Krieges als außerhalb des allgemeinen Rechtes stehend angesehen und behandelt wurde, ist jetzt eine Macht geworden, deren Mitarbeit an der Neuaufrichtung der vom Krieg in Trümmer geschlagenen Verhältnisse auch denen unentbehrlich erscheint, die vorher ihre schärfsten Gegner waren. Das maßgebende Gewicht der breiten Volksmasse ist es, das damit zur Anerkennung gelangt.

In diesem Sinne faßt auch die Sozialdemokratie die Aufgabe auf, die sie mit dem Eintritte in die Regierung übernimmt. Für das Volk, für die Anerkennung seiner Rechte und für die Erfüllung seiner sozialen und kulturellen Ansprüche mit aller Kraft einzutreten, das ist das Ziel, das uns dabei gesteckt ist. Dieses Ziel vor Augen, hat die Sozialdemokratie auch die Pflicht gefühlt, das Opfer darzubringen, das der Eintritt in die Regierung für sie bedeutet.

(B) Nicht nur im Reiche, sondern auch im Bundesstaate Sachsen tritt sie mit den anderen in der Regierung vertretenen Parteien das Erbe derjenigen an, die das Volk durch ihre Politik ins Verderben geführt haben. Sie hat aber den Mut und den Willen, an ihrem Teile zu helfen, das Land und das Volk vor dem Schlimmsten zu retten und an Stelle dessen, was der Krieg zerstörte, Neues und Besseres aufzubauen.

Vor allem gilt es, der Zerstörung der Welt durch das allgemeine Völkergemetzel ein Ende zu bereiten. Daß das nicht mehr auf dem Wege der Verständigung geschehen wird, ist Schuld derjenigen, die den Krieg im Sinne ihrer Gewaltpolitik auszunützen gedachten. Die Sozialdemokratie hat den Krieg von Anfang an als einen Verteidigungskrieg aufgefaßt. Nur für die Verteidigung des Landes, seiner Unversehrtheit, Unabhängigkeit und wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit hat sie sich eingesetzt. Ein Verteidigungskrieg ist es auch zur Stunde noch.

Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge müssen aber alle Anstrengungen gemacht werden, um jedes Hindernis zu beseitigen, das den Zeitpunkt, an dem das Blutvergießen endlich aufhört, immer weiter hinauszögert und dadurch Deutschland angesichts der neuen Wandlung der Lage in neue furchtbare Gefahren zu stürzen droht. Der Anspruch des Volkes auf endliche Erlösung aus dem Kriegsjammer muß höher stehen (C) als alle dynastischen und monarchischen Interessen,

(Sehr richtig! links.)

und wir sind der vollen Zuversicht, daß die Errichtung der deutschen Republik dem tiefsten Empfinden der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes Rechnung tragen würde.

(Sehr richtig! links.)

Der zu erwartende Friede wird für Deutschland sehr hart sein. Wie aber auch immer die beim Friedensschlusse aufgeworfenen Fragen entschieden werden, sicher ist, daß die Heilung der Wunden, die Erneuerung des Daseins der Völker und namentlich unseres deutschen Volkes nur möglich sein wird, wenn die Kräfte des Volkes frei und ungehemmt durch politische Bedrückung und innere Kämpfe walten können und wenn sie im gemeinsamen Streben auf das Wohl der Gesamtheit gerichtet sind. Dazu bedarf es der politischen Freiheit, der Gleichberechtigung im Staate, der Leitung des Staates durch den Volkswillen, der demokratischen Umgestaltung aller Einrichtungen. Im Volkskörper selbst muß der Staat sich neu konstituieren.

Bürgschaften für die Dauer der demokratischen Einrichtungen und für ihre Weiterentwicklung sind für uns (D) wichtige Voraussetzungen unserer Mitarbeit in der Regierung. Die in der Regierungserklärung zugesagte Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zur Zweiten Kammer ist die oberste dieser Voraussetzungen.

Die Erste Kammer ist ein Fremdkörper im demokratischen Staate,

(Sehr richtig! links.)

bestimmt, dem in der Zweiten Kammer ausgeprägten Volkswillen das Gewicht der Privilegien entgegenzusetzen. Wir fordern deshalb die Beseitigung der Ersten Kammer. Wenn die Hindernisse, die dem entgegenwirken, zurzeit nicht überwunden werden können, so bleibt eine tiefgreifende Reform das mindeste Erfordernis. Die Zweite Kammer muß zur maßgebenden Vertretung des Volkes werden. In diesem Sinne bleibt auch die Beseitigung der Ersten Kammer unser unverrückbares Ziel.

Die rückhaltlose Durchführung des demokratischen und parlamentarischen Regierungssystems erfordert, daß die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung bis in alle Konsequenzen durchgeführt wird. Zu diesem Zwecke muß der Staatsgerichtshof ausgebaut und mit den entsprechenden Vollmachten ausgerüstet werden. Die Mitglieder der Regierung dürfen

Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden